

Walter Haubrich

Besonderheiten der politischen Kultur in Deutschland und Spanien und ihre Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen

Es ist, zumindest für mich, nicht gerade leicht, „politische Kultur“ zu definieren, obwohl ich schon einmal einen langen Essay über politische Kultur im Spanien der siebziger, achtziger und neunziger Jahre veröffentlicht habe. Ich will mich um eine Definition des Begriffes auch gar nicht bemühen, sondern Ihnen nur einige Beobachtungen aus den verschiedenen Bereichen, die man im weiteren Sinne der Politik oder dem Politischen und noch weiter dem öffentlichen Leben zugehörig hält, mitteilen.

Themenfelder wären die Aktivitäten der Politiker und all derer, die sich im Umfeld der Politik, vor allem in Spanien, als *clase política* bezeichnen, dann die Meinungsmedien natürlich, die Beschäftigung der Intellektuellen mit politischen Themen, Politik in Literatur und Kunst, die in den meisten europäischen Ländern und besonders in Spanien sehr politisierte Justiz, die Kirche und ihr Einfluss auf die Politik, die zunehmend wichtige Rolle der großen Wirtschaftsunternehmen bei den politischen Entscheidungen, das Interesse der Bevölkerung an Politik, je nach sozialer Schicht und Altersstufe.

Dass die Politik für die gesamte Bevölkerung außergewöhnlich wichtig ist, das bestreiten nicht einmal die Menschen, die sich in Deutschland wie in Spanien selbst als unpolitisch bezeichnen. Die Entscheidungen der Politiker, ob auf regionaler, staatlicher oder europäischer Ebene bestimmen in sehr starkem Maße das Leben aller Bürger, auch das private. Hin und wieder können die Staatsbürger durch ihre Stimmabgabe auf die Politik einwirken, können sich zwischen mehreren politischen Optionen entscheiden, später aber so gut wie nie – auch nicht bei sehr wichtigen Entscheidungen – mitreden. Versuche, über basisdemokratische Methoden die Bürger häufiger mit einzubeziehen, misslingen fast immer: Die Wähler wollen nicht so oft bemüht werden, oder sehen selbst ein, dass sie über viele diffizile Entscheidungen nicht ausreichend informiert sind, ja es nicht sein können.

Zunächst denkt man natürlich bei dem Begriff „politische Kultur“ an das Verhältnis der Bevölkerung zum politischen System und zu den Handlungsweisen der politischen Amtsträger und der gewählten Volksvertreter, auch an das Interesse der Bevölkerung an der Politik überhaupt.

Was hatten die Politiker vor einem Vierteljahrhundert in Spanien doch für schöne Zeiten erlebt! Heute erinnern sich noch viele von ihnen mit Nostalgie an die letzten Jahre der Franco-Diktatur und den Beginn der *transición*, des Übergangs zur Demokratie, als sie, die Männer und Frauen der Politik, die Protagonisten der Zeitungsreportagen, der Kaffeehausgespräche und der Radiodebatten waren. Sie waren die wahren Helden ihrer Zeit – und das, obwohl es während der Diktatur Francos ja eigentlich gar keine Politik gab und in den ersten Jahren nach dem Tod des Diktators die Spanier sich zunächst einmal in das öffentliche politische Tun und Meinen einfügen mussten. In den letzten Jahren der Diktatur sprach ganz Spanien, trotz der Schranken von oben, von Politik, und viele Spanier betätigten sich auch politisch, allerdings illegal und von Polizei und Justiz ständig bedroht. Die Arbeiterschaft war stark politisiert und demonstrierte gegen die Diktatur auf den Straßen der großen Städte. Nicht wenige Arbeiter bezahlten ihren mutigen Einsatz mit dem Leben. In den vielen politischen Cafés saßen Intellektuelle und Künstler, vom aktiven Tun ausgeschlossene Politiker und in der gesamten Revolutionsliteratur bewanderte Studenten und spielten rhetorisch alle möglichen Umwälzungen in ihrem Staat durch.

Spanien hatte damals trotz der Zensur erstaunlich interessante politisch-kulturelle Zeitschriften, die in einer zumindest den Eingeweihten verständlichen Sprache die kühnsten Staatstheorien und Revolutionsmechanismen verbreiten konnten. Junge Spanier, die sich in den letzten fünf Jahren der Diktatur als unpolitisch bezeichneten, galten unter ihren Bekannten aus der gleichen Generation als wenig intelligent, feige oder extrem opportunistisch.

Die Politiker konnten sich zu Beginn der *transición* dann tatsächlich als die Helden dieser Jahre fühlen, vor allem die, welche vorher verbotenen Organisationen und Parteien angehörten. Aber auch den früheren Mitarbeitern der Diktatur, die rechtsgerichtete Parteien gegründet oder sich diesen angeschlossen haben, machten der freie politische Wettbewerb, die offene Diskussion und das Reden bei Wahlkundgebungen offensichtlich Freude.

Man wird es vielleicht heute nicht mehr glauben wollen: Im Wahlkampf 1977 besuchte in Madrid eine Million Menschen eine Kundgebung der Kommunistischen Partei Spaniens, über eine halbe Million war bei einer Veranstaltung der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei dabei. Die meisten kamen aus Interesse. Viele Spanier gingen damals zu den Kundgebungen mehrerer Parteien, um sich zu informieren. 1979 war der Zulauf etwas geringer geworden, aber immer noch viel stärker als in den Nachbarländern mit längerer demokratischer Tradition. 1982 füllte zumindest die damals siegreiche sozialistische Partei noch große Stierkampfplätze. Heute gehen fast nur noch Mitglieder und überzeugte Sympathisanten zu den Veranstaltungen der einzelnen Parteien.

Nicht einmal 20 Jahre waren seit dem Ende der Diktatur vergangen, da zeigte sich eine große Mehrheit der Spanier als an der Politik überhaupt nicht oder wenig interessiert. Sich verächtlich über demokratische Politiker zu äußern, galt, vor allem in den wohlhabenden Schichten, als modisch und fein. Gerade die Spanier der wohlhabenden Rechten hatten bald die Angst vor der Demokratie verloren und schnell gemerkt, dass man auch in einem demokratischen Staat viel Geld verdienen konnte – vorausgesetzt, man hatte bereits Vermögen. Den bereits Wohlhabenden kam nämlich die große Geldvermehrung in den Jahren des schnellen Wachstums und der Spekulation in der Zeit des so genannten *pelotazo* zugute. Wer wenig besaß, konnte nicht viel vermehren. Viele der vom *pelotazo* Begünstigten stehen heute an der Spitze großer Unternehmen, vor allem der privatisierten früheren Staatsfirmen. Korruptionsfälle, auch im Bereich der Regierung, sind immerhin noch nachvollziehbare Gründe für eine Entfremdung von der Politik.

Korruption hat es in Spanien immer gegeben – wie in vielen anderen Ländern übrigens auch – nur dass in den diktatorisch oder oligarchisch bestimmten Perioden die meisten Menschen nichts von der Korruption der Regierenden oder der hohen Staatsbeamten erfuhren. In der Demokratie schreiben die Zeitungen über Korruptionsfälle. Wenn dann auch das eine oder andere Mitglied einer linken Partei – wie ein Direktor der *Guardia Civil* – als korrupt erklärt wird, ist der Skandal besonders groß. Korruption ist in der spanischen Geschichte fast immer eine Begleiterscheinung rechtsgerichteter Regierungen gewesen – gewiss, die Linke hat auch nur selten regiert. Korruptionsfälle bei der Rechten lösen kaum Empörung aus, werden von der Bevölkerung als

fast normal hingenommen; über Korruption bei der Linken, vielleicht auch noch der politischen Mitte, empört sich die Bevölkerung hingegen sehr. Darüber sollten sich die Linke und die Mitte eigentlich freuen. Die Erfahrung der letzten 20 Jahre zeigt, dass rechte Politiker geschickter, wahrscheinlich weil geübter als die der Linken bei der Selbstbereicherung vorgehen. Die Linken lassen sich offensichtlich leichter erwischen.

Joaquín Arango, der langjährige Leiter des staatlichen Umfrageinstitutes *Centro de Investigaciones Sociológicas* sprach schon in der ersten Hälfte der neunziger Jahre von einer zunehmenden *desafección política*, von einer Abneigung, einem Unwillen gegenüber der Politik. Das sei eine Mischung aus Apathie, kritischer Grundhaltung, Distanz zu den Institutionen, Parteien und Politikern; eine Haltung, die zwar auch in anderen Ländern heute anzutreffen ist, von den in vielen Dingen zu Übertreibungen neigenden Spaniern allerdings besonders demonstrativ zur Schau gestellt wird. Arango und einige andere Autoren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, halten die Mehrheit ihrer Landsleute für schlecht informiert, ihre Kenntnisse in politischen Fragen seien oberflächlich, das mache es ihnen schwer zu differenzieren, etwa in ihrem Urteil über verschiedene politische Führer, und fördere so ein allgemeines Misstrauen gegenüber Politik und Politikern.

Nachdem die Politiker ihre Heldenrolle verloren hatten, wurden für einige Jahre Finanziere und Spekulanten zu Idolen der spanischen Gesellschaft. Ein so bedenkenloser und geldgieriger Bankier wie Mario Conde, schließlich wegen Milliardenbetrugs verurteilt, wurde Jahre hindurch viel bewundert, am Königshof gern gesehen, von der Rechten zum Hoffnungsträger erkoren und von vielen jungen Spaniern als Vorbild erwählt. Gerade auch die jungen Spanier geben offen zu, vorwiegend am eigenen materiellen Fortschritt, am persönlichen und häuslichen Glück interessiert zu sein; die am Gesamtwohl orientierten Werte wie soziale Gerechtigkeit oder Solidarität mit den ärmeren Völkern der Welt werden in Umfragen nur noch von ganz Wenigen als wichtig für ihre Lebensgestaltung genannt. Angeblich soll das politische Interesse der jungen Spanier wieder etwas größer geworden sein, die Wahlbeteiligung war zuletzt jedenfalls in der jüngeren Generation immer noch gering.

Im Vergleich zu Deutschland wird in Spanien wenig getan, um das politische Interesse zu wecken, weder in den Schulen und Universitä-

ten noch von den Parteien, die ebenso wie die Gewerkschaften sich kaum um Mitgliederwerbung kümmern. Vielleicht finden die Nichtregierungsorganisationen noch am meisten Zulauf. Die Kenntnisse, die die jungen Spanier heute von ihrer jüngeren Geschichte haben, sind gering; dass die derzeitigen Freiheiten nicht vom Himmel gefallen sind, ihnen nicht vom lieben Gott, vom König oder von irgendeinem Politiker geschenkt wurden, sondern von einem Teil der Bevölkerung erkämpft wurden, das ist ihnen anscheinend kaum bewusst.

Den Medien kommt eine wichtige Funktion bei der Information der Bevölkerung, also auch bei der Entstehung der politischen Kultur zu. Versagen nun die Medien in Spanien? Die Zeitungen informieren ausführlich, auch über Politik aus dem Ausland. Es gibt einige negative Phänomene im heutigen spanischen Journalismus, die wir nicht verschweigen sollen, zum Beispiel eine zu enge Parteinahme bei manchen Zeitungen, zu große Anlehnung an die Regierungspolitik; so werden Kampagnen mit einem sehr konkreten politischen Ziel, etwa dem Sturz der Regierung, veranstaltet. Es gibt allerdings keine Boulevardzeitungen. Deshalb ist die Zahl der Zeitungsleser in Spanien und Deutschland nicht vergleichbar. In Deutschland kaufen Millionen Menschen ein sensationalistisches Blatt, das man zwischen drei U-Bahn-Stationen von vorn bis hinten durchlesen kann.

Den investigativen Journalismus findet man in Spanien zwar auch hin und wieder – man denke an die inzwischen schon verschwundene Zeitung *Diario 16*, die sich hier einige Verdienste erworben hat –, doch gewöhnlich besteht der investigative Journalismus in Spanien aus einem Scheckbuch der Zeitung oder des Verlages und einem Briefkasten. Unangenehm ist sicher im heutigen Spanien der neue Nationalismus, der auch bei den Journalisten, z.B. bei den allgemein eher wenig kenntnisreichen Sportjournalisten, anzutreffen ist.

Das seit mehr als fünf Jahren in Europa kursierende und vielleicht auch manchmal auf etwas böswillige Art weitergegebene Bild vom „hässlichen Spanier“, wie es – zum ersten Mal, glaube ich – Christian Wernicke in *Die Zeit* herausgestellt hat, hat Ciro Krauthausen schon erwähnt. Dieses Bild ist nicht ganz falsch: Das aggressive und überzogene Selbstbewusstsein mancher Spanier und auch Politiker in Europa schafft viel Verärgerung. Es ist die Haltung des Spaniers, der auf jeden freundschaftlichen Rat und manchmal auch Kritik antwortet: „¿y a nosotros, qué?“. Was man in Madrid und auf Madrid bezogen vor allem

chulería oder die *chulería madrileña* nennt. Im Europa der Europäischen Union sind die Spanier gerade wegen dieses überzogenen Selbstbewusstseins vielleicht besonders unbeliebt.

Von den Zeitungen zum Radio: Die Wortsendungen und politischen Informationen, Kommentare und Debatten über den ganzen Tag hinweg sind weitaus besser als der deutsche „Dudelfunk“, der meiner Meinung nach schlecht und wenig informiert. Das spanische Fernsehen ist politisch parteiisch, ich meine damit die Regierungskanäle – und das sind ja fast alle. Es gibt zuviel Werbung, Kultursendungen sind selten und wenn, dann kommen sie nach Mitternacht und in der Morgenfrühe. Das deutsche Fernsehen ist gewiss auch nicht vorbildlich und wird immer schlechter, doch die öffentlich-rechtlichen Sender stehen qualitativ auf einer höheren Stufe als die staatlichen spanischen Sender. Zur politischen Kultur tragen die Zeitungen und der Rundfunk bei, aber das spanische Fernsehen kaum. In spanischen Fernsehkanälen gibt es inzwischen ja auch kaum noch politische Debatten.

Mehr als in anderen europäischen Ländern gibt es in Spanien Meinungskolumnen von Autoren, die man für prominent hält. Das sind häufig Schriftsteller und Professoren, die zum öffentlichen Leben gehören, natürlich auch Journalisten. Es mag ja im Prinzip positiv und erfreulich sein, wenn Intellektuelle in Spanien häufig in Zeitungen schreiben, weniger erfreulich ist es, wenn Schriftsteller, Intellektuelle und solche, die sich dafür halten, in ständigen Kolumnen sich zu allen möglichen Themen, vor allem aus dem politischen Bereich, äußern, dabei aber über die meisten dieser Themen keine Sachkenntnisse haben.

Juan Goytisolo hat sich häufig über das Phänomen der „Experten in allen Fragen“ beklagt. Am besten sind noch die Kolumnen von Journalisten, die zumindest von Berufs wegen es gewohnt sind, ihre Meinung auf Sachkenntnis aufzubauen, oder von Schriftstellern, die einmal Journalisten waren, etwa Rosa Montero. Von anderen – Gala, Umbral, Elvira Lindo, Albiac – möchte man, wenn man ihre Kolumnen gelesen hat, wohl kein Buch mehr lesen.

Verantwortlich für den Verfall der guten Sitten im politischen Umgang miteinander und besonders für den Niveauverlust der politischen Kultur sind in einem Land mit einer stark politisierten Justiz auch zahlreiche Richter und Staatsanwälte, die sich zur politischen Klasse zählen und ihr Ziel durch die Justizialisierung der Politik, die wiederum eine Folge der Politisierung der Justiz ist, erreichen wollen. Die politi-

schen Starrichter können eine Gefahr für den Rechtsstaat in Spanien darstellen. Unpolitisch war die Justiz in Spanien nie, am wenigsten in der Zeit Francos, als die allermeisten Richter und Staatsanwälte sich darauf beschränkten, die bestehenden Gesetze – selbst, wenn es die Gesetze des Unrechtsstaates waren – in ihren Urteilen anzuwenden. Kritik an der Diktatur kam von den Richtern sehr selten, hingegen viel häufiger von den Rechtsanwälten. Manche Richter taten sich damals durch Übererfüllung ihres politischen Solls hervor und verurteilten die wegen politischer Delikte angeklagten Regimegegner zu härteren Strafen als es die Gesetze vorsahen: etwa Gewerkschaftler zu 20 Jahren Gefängnis wegen der Zugehörigkeit zu den damals illegalen freien Gewerkschaften.

Die „schrecklichen Juristen“ (José Comas brachte den Ausdruck von Hochhuth in die politische Umgangssprache Spaniens), die ja in Deutschland zumindest in den ersten Jahren nach dem Nazistaat eine unrühmliche und keineswegs geringe Rolle gespielt haben, gibt es in Spanien auch heute noch. Obwohl die spanischen Richter weniger Schuld auf sich geladen haben als ihre Kollegen in Deutschland, hätte man sie in der beginnenden Demokratie doch lieber im Ruhestand gesehen. In den ersten Jahren des neuen demokratischen Staates fällten einige von ihnen noch Urteile im Sinne des vorherigen Regimes; andere ließen Mörder aus rechtsextremen Gruppen für einige Tage aus dem Gefängnis – diesen Urlaub benutzten diese dann erwartungsgemäß zur Flucht ins Ausland. Es mag viele Verfolgte der Diktatur seltsam berührt haben, als sie 1996 den Familiennamen der ersten Justizministerin der Regierung Aznar hörten: Mariscal de Gante. So hießen auch zwei der berühmtesten Richter des Sondergerichtes für Öffentliche Ordnung (TOP). Einer von ihnen war der Vater, der andere der Onkel der Justizministerin. Weniger noch als in der Justiz haben sich die maßgeblichen Namen in der spanischen Wirtschaft geändert. Die wirtschaftliche Macht ist zum größten Teil in den gleichen Familien geblieben. Nur die Unfähigsten aus diesen Familien verloren an Einfluss und vielleicht auch an Reichtum, weil die Anforderungen und auch die Konkurrenz in einem demokratischen Staat bei der Unternehmensführung und im Finanzsektor etwas größer sind als unter einem autoritären Regime.

Eine seiner größten Aufgaben hat das demokratische Spanien lange vor sich hergeschoben: die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Erst jetzt wagt ein Teil der Bevölkerung – und das gegen den erklärten

Willen der Regierung und der Volkspartei (PP) –, sich mit den Zehntausenden Erschießungen nach dem Bürgerkrieg zu beschäftigen sowie mit den Verbrechen und Opfern auf der Seite Francos während dieses Krieges zwischen den beiden Spanien. Die Kenntnis dieser Vergangenheit könnte das Interesse der jüngeren Generation am derzeitigen politischen Leben vermehren und wäre damit ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur in Spanien.